

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Länderbüro Kairo

**KAIRO - NEWS**

**Oktober 2006**



**Ägypten erwägt neues Atomprogramm**  
Michael A. Lange

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Länderbüro Kairo  
35, Abu El Feda Street  
Zamalek, Kairo

Tel. 0020-2-735 43 29  
Fax: 0020-2-737 21 21  
kaf@internetegypt.com  
<http://www.kas.de>

## **Ägypten erwägt neues Atomprogramm**

Die auf dem kürzlich abgehaltenen Jahrestreffens der Regierungspartei verkündete Wiederbelebung des ägyptischen Atomprogramms, welche von einigen politischen Kommentatoren als die bedeutendste strategische Initiative Ägyptens der letzten 25 Jahre und damit der Ära Mubarak bezeichnet wurde, beschäftigt seitdem die politischen Gazetten des Landes.

### **Ägyptens nukleares Engagement im geschichtlichen Rückblick**

Ägypten gehörte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu den Ländern der Dritten Welt, die nach dem erstmaligen Einsatz von Atomwaffen in Japan, bereits in den 50er Jahren mit russischer Hilfe ein eigenes Atomprogramm auf den Weg brachten und schon im Jahre 1955 über einen bis heute funktionsfähigen 2-Megawatt-Versuchsreaktor verfügten.

Die ägyptische Regierung unter Präsident Nasser schrieb dann im Jahre 1963 den Bau eines Atomreaktors an der ägyptischen Mittelmeerküste nahe Sidi Kreir aus. Nur weil sich die Verhandlungen in die Länge gezogen hatten, kamen die Bestrebungen zur Realisierung dieses Plans durch den Junikrieg 1967 zu einem (vorläufigen) Ende.

Nach dem aus Sicht Ägyptens erfolgreichen Oktoberkrieg 1973 belebte der Nachfolger Nassers, Anwar El-Sadat, das Projekt wieder und vereinbarte vor dem Hintergrund der Friedensbemühungen in der Region mit dem im folgenden Jahr Kairo besuchenden amerikanischen Präsidenten Richard Nixon den Bau eines 600-Megawatt-Reaktors. Dieses Vorhaben scheiterte dann am schleppenden Verlauf des von Sadat initiierten Friedensprozesses und der damit verbundenen Zurückhaltung der US-Regierung bzgl. der Finanzierung des Projekts.

Ein dritter und bis heute letzter Anlauf wurde schließlich im Jahre 1981 unternommen, als Ägypten diesmal mit europäischen Lieferanten, darunter auch einem deutschen Firmenkonsortium, Verhandlungen über den Bau von nicht weniger als 10 Atomreaktoren begann, die bis zum Jahre 2010 fertig gestellt werden sollten. Erst das Reaktorunglück von Tschernobyl im Jahre 1986 und die daraufhin in aller Welt – in Ägypten dabei vor allem von der oppositionellen Wafd-Partei - initiierten Anti-Atom-Kampagnen brachten noch im gleichen Jahr das bis zum Jahre 2010 fertig zu stellende Vorhaben zu einem vorzeitigen Ende. Der mit der Realisierung des Projekts befasste ministerielle Ausschuss stellte damals seine Arbeit ein.

Auf dem letzten Jahrestreffen der Regierungspartei NDP deuteten Abschnitte der Reden Gamal Mubaraks und die am Schluss erfolgende „Ratifikation“ seiner Überlegungen durch den ägyptischen Präsidenten Mubarak, darauf hin, als sollten die alten Argumente um das Für und Wider der Atomkraft, im Lichte der neuen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, denen sich Ägypten ausgesetzt sieht, ein weiteres Mal diskutiert werden. Dabei betonte der Präsident, er wünsche sich in Zukunft den verstärkten Einsatz alternative Energien, darunter auch die friedliche Nutzung der Kernenergie, um dem wachsenden Energiebedarf seines Landes zu begegnen.

Schon wenige Tage nach der Parteikonferenz rief der ägyptische Energieminister als Vorsitzender des jahrzehntlang untätigen ägyptischen Energierats (Supreme Council for Energy) die Mitglieder des Rats zusammen und gründete einen fünf-köpfigen ministeriellen Ausschuss um die diesbezüglichen Vorschläge des Präsidenten zu prüfen.

Dieser Energierat kam in seiner ersten Sitzung zu dem ersten vorläufigen Ergebnis, dass davon auszugehen sei, dass Ägypten bereits in etwa 10 Jahren über einen funktionsfähigen Atomreaktor mit 1.000 Megawatt Leistung verfügen könne. Das Projekt könnte an der ägyptischen Mittelmeerküste nahe Al-Daaba zu Baukosten im Umfang von etwa 1,5 Mrd. US\$ realisiert werden, wofür jedoch umfangreiche ausländische Finanzhilfe in Anspruch genommen werden müsste.

## **Mögliche Hintergründe der neuerlichen Nuklearambitionen Ägyptens**

Fragt man nach den Gründen, weshalb der Sohn des ägyptischen Präsidenten in seiner Funktion als Vorsitzender des Politischen Sekretariats der Regierungspartei gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine ägyptische Nuklearoption zum Hauptthema einer Parteitage-Rede gemacht hat, so bieten sich durchaus alternative Erklärungsmuster an:

### **Energiepolitische Erklärung**

Von Gamal Mubarak und später auch von seinem Vater wurde der in Ägypten, angesichts einer massiv wachsenden Bevölkerung, weiter ansteigende Energiebedarf als der wichtigste, offizielle Grund für diese überraschende „Wende in der Energiepolitik“ genannt.

Dabei ist sicher richtig, dass Ägypten etwa im Jahre 2020 bei einer geschätzten Bevölkerung von dann ca. 100 Mio. Menschen einen enormen Energiebedarf haben wird und schon heute absehbar ist, dass die vorhandenen Öl- und Gasreserven Ägyptens nur noch 40 Jahre ausreichen, und das auch nur, wenn der Export dieser Güter sofort eingestellt wird.

Von den aktuell hohen Weltmarktpreisen für Erdöl und Erdgas profitiert Ägypten als Exporteur zwar auch, muss aber einen immer größeren Teil der eigenen Produktion zu hoch subventionierten Preisen dem stetig wachsenden lokalen Verbrauch zuführen. Sowohl die Strom- als auch die Benzinpreise sind aus sozialen Gründen hoch subventioniert und belasten nicht nur den ägyptischen Haushalt stark; ein weiter sinkendes eigenes Produktionspotential wird zudem entweder zu empfindlichen, wachsenden Preiserhöhungen, einem höheren Subventionsaufwand oder zu wachsenden Energieimporten führen.

Alle diese möglichen Szenarien führen entweder zu unmittelbaren Haushaltsrisiken oder zumindest mittelfristig zu wachsenden innenpolitischen Risiken, die man wohl glaubt verhindern zu können, wenn man sich jetzt verstärkt um die Förderung alternativer, erneuerbarer Energien kümmert. Dass man dabei jetzt vorrangig an Atomenergie und nicht etwa an Wind- und Sonnenenergie denkt, erstaunte zumindest einige ausländische Entwicklungshilfegeber, die sich schon seit Jahren um den Bereich der erneuerbaren Energie bemühen, bei der ägyptischen Regierung aber immer wieder auf eine gewisse Zurückhaltung gegenüber diesen Energiealternativen gestoßen waren. Eine mögliche polit-ökonomische Erklärung für die neue Nuklearoption, mag in der Einsicht liegen, dass man dem ägyptischen Konsumenten den haushaltsbedingt eigentlich notwendigen Subventionsabbau im Wege von Preissteigerungen nicht zumuten will und deshalb die zusätzliche Nachfrage nach (subventionierter Energie) in Zukunft lieber mit als kostengünstig betrachteten Kernenergie aus eigener Produktion decken möchte.

### **Innenpolitische Erklärung**

Neben den beschriebenen innenpolitischen Risiken, die mit einer möglichen Verknappung bzw. Verteuerung von Energieprodukten in Ägypten einhergehen würde, unterstellen einige ägyptische Kommentatoren, die überraschende Ankündigung eines solch umfassenden Strategiewechsels hin zu einem neuen „Nationalen Programm“ in der Größenordnung des Toshka Agrarindustrie- und Bewässerungsprojekt durch den Präsidentensohn diene vor allem dem gewünschten Prestigegewinn Gamal Mubaraks. Man mag sich von dieser Initiative einen vergleichbaren Effekt erhoffen, wie ihn die iranische politische Führung durch ihre Weigerung zur Offenlegung ihres Atomprogramms bei ihrer eigenen Bevölkerung erzielen konnte. Vor allem ein um Popularität bemühter potentieller Nachfolger des aktuellen Amtsinhabers wie Gamal Mubarak könnte sich der ägyptischen Bevölkerung - so das unterstellte Kalkül - mit diesem Vorstoß als ein von den USA unabhängiger, nationalistische Interessen verfolgender, Politiker darstellen und damit bei der USA-kritischen ägyptischen Bevölkerung punkten. Dies würde ihn in den Augen der ägyptischen Bevölkerung „wählbarer“ machen, als dies bisher der Fall scheint. Auch der Präsident selbst könnte von einem solchen Vorgehen innenpolitisch profitieren, nachdem er sich zu Beginn des Libanonkonflikts in unge-

schickter Weise von der Volksmeinung entfernt hatte, die Hizbollah als „Abenteurer“ brandmarkte und die Loyalität der arabischen Schiiten in Zweifel zog, als er betonte, diese würden sich offensichtlich weniger gegenüber ihren mehrheitlich sunnitischen Heimatländern, als vielmehr gegenüber dem schiitischen Iran und seinen politischen Plänen gegenüber loyal zeigen. Mit dieser Aussage war der ägyptische Präsident (leider) auf heftige Kritik sowohl einiger Journalisten als auch breiter Kreise ägyptischer Intellektueller gestoßen.

### **Außenpolitische Erklärung**

Eine eher außenpolitische Erklärung wäre die, dass Ägypten (mit oder ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten) dem Machtzuwachs des Iran in der Region etwas Gleichwertiges entgegensetzen wollte. Beobachtern der Region ist nicht verborgen geblieben, dass Ägypten in den letzten Jahren, im Schatten der Unterstützung durch die USA, gegenüber den traditionellen Konkurrenten um die politische Vormachtstellung in der Region: Türkei und Iran, einiges an politischer Bedeutung eingebüßt hat. Es ist offensichtlich, dass Ägypten als außenpolitischer „Power-Broker“ in den letzten Jahren deutlich an Einfluss verloren hat und auch mit seinen wiederholten Aufrufen einen Atom(-waffen) freien Nahen und Mittlern Osten zu schaffen, auf taube Ohren gestoßen war. Damit hatte der ägyptische Präsident sich zwar an die Spitze all jener in der Region gesetzt, denen die vermeintliche israelische Atomrüstung schon immer ein Dorn im Auge war, hatte aber erst auf der jüngsten Sitzung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) wieder erleben müssen, dass ein von Ägypten initiiertes Resolutionsentwurf der Arabischen Staaten, welcher Israel ultimativ aufforderte, nun endlich dem NPT beizutreten, wieder am Veto der Westmächte gescheitert war. Nachdem in den letzten Monaten nun neben dem Irak auch die Türkei angekündigt hatte, bis zum Jahre 2012 mindestens drei neue Nuklearreaktoren zu bauen bzw. in Betrieb zu nehmen, schien es schon aus Prestige Gründen für Ägypten außenpolitisch geboten, eigene Überlegungen in diese Richtung anzustellen.

Als interessant ist in diesem Zusammenhang die Meldung zu bewerten, dass der amerikanische Botschafter in Kairo: Francis Ricciardone sich gegenüber den Atomplänen Ägyptens von Anfang an positiv äußerte. Er unterstrich auf Nachfrage, dass die USA mit dem „Global Nuclear Energy Program“ über ein Kooperationsinstrument verfüge, mit dessen Hilfe man Ländern wie Ägypten und dabei vor allem solchen, die wie Ägypten Unterzeichner der NPT-Vereinbarungen seien, auch im Nuklearbereich Technologietransfer anbieten könne und wolle. Zu diesem Zweck stünden zudem besondere Fördermittel zur Verfügung und es wurde zusätzlich berichtet, die Vereinigten Staaten erwäge Ägypten für die geplante Reduzierung der bilateralen Entwicklungshilfeleistungen bzw. der Militärhilfe mit einem solchen finanzierten Technologietransfer im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu entschädigen. Auch der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert ließ umgehend verlauten, man sehe sich durch ein friedlichen Zwecken dienendes ägyptisches Atomprogramm nicht bedroht, solange der Prozess transparent verlaufe und sichergestellt sei, dass es zu keiner vergleichbaren Entwicklung komme, wie im Iran.

All diese Aussagen sprechen dafür, dass diese Initiative mit den USA und anderen Staaten in der Region (nicht unbedingt aber mit Europa) vorher abgestimmt worden ist. Staaten wie die USA (und Israel) wollen mit ihrer Unterstützung für das Projekt deutlich machen, dass ein, friedlichen Zwecken dienendes Atomprogramm auch in dieser politisch schwierigen Region durchaus akzeptabel ist, solange man den sie durchführenden Regimen bzw. Regierungen vertrauen kann und man in der Lage ist, die notwendige Transparenz sicherzustellen. Diesem Zweck diene dann ja auch das bekannte IAEA-Zusatzprotokoll, das dann allerdings auch von Signatarstaaten des NPT Vertrages zusätzlich unterzeichnet werden sollte.

Nur wenig spricht gegen ein abgestimmtes Vorgehen mit den USA in dieser Frage, wie etwa die Berichte in einigen ägyptischen Medien von Bemühungen des ägyptischen Präsidenten, auf seinen anstehenden Staatsbesuchen in Russland und China mit diesen Ländern ebenfalls

über eine konkrete Zusammenarbeit bei der geplanten friedlichen Nutzung der Kernenergie in Ägypten zu verhandeln. Dies erscheint mit Blick auf die brisante Situation im Iran vielleicht doch eher diplomatisch notwendig, als aufgezwungen.

Die von einigen kolportierte Vermutung aber, dass sich Ägypten mit diesen Kontakten nach China und Russland vor einem möglichen Politikschwenk der USA in Richtung Iran schützen wolle erscheint dagegen weniger stichhaltig. Angesichts der weiter wachsenden geopolitischen Bedeutung des Iran in der Golfregion, könnten die USA - so die Unterstellung - als Ergebnis einer als letztendlich gescheitert beurteilten Demokratisierung der Arabischen Welt, langfristig wieder stärker auf eine Zusammenarbeit mit dem Iran setzen, um die Machtprojektion Chinas zu konterkarieren.

### **Sicherheitspolitische Erklärung**

Eine dieser Spekulationen geht in die Richtung, zu unterstellen, Ägypten würde (mit oder ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten) angesichts der möglichen, zukünftigen nuklearen Aufrüstung des (schiitisch-dominierten) persischen Iran jetzt die Notwendigkeit einer eigenen Abschreckungsdimension eines (sunnitisch-dominierten) arabischen Ägypten nicht nur für erforderlich erachten, sondern auf den (langen) Weg bringen wollen.

Es ist ja bekannt, dass Regierungen wie die in Saudi Arabien und Ägypten, im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Bevölkerungen, bisher eher mit der gebotenen Zurückhaltung auf die Nuklearambitionen des Iran reagiert haben. Dieses Misstrauen rührt noch aus alten antagonistischen Phasen zwischen den Arabern und den Persern und findet sich heute eher in der Gestalt religiös-konfessioneller Gegensätze zwischen Sunniten und Schiiten wieder. Von einigen arabischen Vertretern wird dabei offen unterstellt, der Iran betreibe die Urananreicherung nicht nur zu friedlichen Zwecken, sondern weil er die Führungsrolle über die Golfregion hinaus an sich reißen will. Erst kürzlich hatte der jordanische König deshalb wohl vor einem schiitischen Halbmond von Iran über Irak und Syrien bis in den Libanon gewarnt. Eine mögliche nukleare Rüstung des Iran wollen die Arabischen Staaten aber sicher nicht hinnehmen, bzw. ohne Antwort lassen, was zu spekulativen, sicherheitspolitischen Weiterungen führt.

Wolle man sich für alle Eventualitäten wappnen müsse man schon jetzt – so diese Argumentation - erst einmal damit beginnen, ein eigenes Atomprogramm zu beginnen, um sich damit zumindest die Option für ein späteres Atomwaffenprogramm zu schaffen.

Spekulationen gehen auch in die Richtung, dass die Vereinigten Staaten schon im Vorgriff auf den möglichen bzw. wahrscheinlichen Fall, dass sie den Iran nicht von einer Fortsetzung seines Nuklear-(Waffen) -programms abhalten können, langsam damit begännen, verbündete Staaten in der Region potentiell den späteren Zugang zu Nuklear-(Waffen)-technologie zu verschaffen, um sie so in die Lage zu versetzen, einer aggressiven, nach Hegemonie strebenden Politik des Iran auf der Basis einer potentiell existierenden, aber verheimlichten Nuklearbewaffnung, glaubhafter entgegenzutreten zu können. Es erscheint nahe liegend, dass für eine solche Strategie vor allem Ägypten als langjähriger Verbündeter infrage käme, und deshalb bereits heute die Voraussetzungen für die später möglicherweise notwendig werdende Schaffung gewisser nuklearer Abschreckungs- bzw. Vergeltungspotentiale geschaffen werden sollen.

### **Kritische ägyptische Kommentare zum geplanten Atomprogramm**

Die Initiative Gamal Mubaraks wurde von einigen Kommentatoren mit dem Hinweis verteidigt, man könne die Pläne Ägyptens nicht mit denen des Iran gleichsetzen. Der Iran, so etwa der ehemalige ägyptische Vertreter in der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA), Botschafter Mohamed Shaker, habe die Agentur lange hinters Licht geführt und ohne Wissen der IAEA heimlich Uran angereichert. Ägypten habe in den 80er Jahren dagegen bei seinen letzten Verhandlungen mit ausländischen Lieferanten angeboten, das angereicherte Uran aus Australien zu beziehen und nicht selbst herzustellen bzw. zurückzuhalten.

Andere wie der ägyptische Politikprofessor Hassan Nafaa sehen in den aktuellen Atomplänen keinen Vorteil für Ägypten, da er die ägyptische Regierung in dieser Frage für nicht souverän handelnd einschätzt und eher als Handlager anderer Mächte und Interessen sieht. Einer seiner Fachkollegen von der Kairo Universität, Mustafa Elwi, verwies in diesem Zusammenhang auf die seiner Meinung nach „inakzeptablen“ Bedingungen, denen Ägypten im Rahmen einer Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zum NPT-Vertrag sicherlich ausgesetzt sein würde. Er stimmte dabei den Bedenken weiterer ägyptischer Experten zu, wie dem ehemaligen Direktor des ägyptischen Atomenergie Instituts, Ezzat Abdel Aziz und Hisham Fuad einem Professor für Nukleartechnologie und Abdel Fattah Helal, einem Mitglied des ägyptischen Wissenschaftsrats, die alle darauf hinweisen, dass die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls inakzeptable Souveränitätseinschränkungen für Ägypten mit sich bringe. Sie bezweifelten, ob eine mit den USA augenscheinlich abgesprochene Initiative tatsächlich die mit den politischen Entwicklungen in der Region unzufriedene ägyptische Bevölkerung darin tatsächlich die gewünschte Distanzierung von den Vereinigten Staaten erkennen würden. Der bekannte ägyptische Kommentator Ahmad Salama von der arabischen Tageszeitung Al Ahram konzentrierte sich in seinen Einlassungen vor allem zur politischen Bedeutung der jetzt erfolgten Verkündung der Nuklearkoption durch die Person Gamal Mubarak. Er ist der Auffassung, dass der junge Mubarak im Schatten der Diskussionen um das iranische Atomprogramm zeigen wollte, dass er ein unabhängiger politischer Geist ist, der auch Themen anspricht, bevor sie sein Vater zur Diskussion freigegeben hat. Das Kalkül scheint zu sein, dass Gamal Mubarak sich in der Öffentlichkeit jetzt - mit Blick auf die sich intensivierende Nachfolgediskussion - immer stärker als eigenständiger, von den Vereinigten Staaten unabhängiger, selbstbewusster Politiker präsentieren will bzw. soll, um damit in der Breite der überwiegend anti-amerikanisch eingestellten ägyptischen Bevölkerung zusätzliche Punkte zu sammeln. Wodurch könnte dies besser erreicht werden -so Salama- als durch die Ankündigung eines großen nationalen Vorhabens, wie dieses Nuklearprogramms, das sicher die nationalistischen Gefühle der meisten Ägypter anspricht. Dass auf diese Weise gleichzeitig die politische Gehaltlosigkeit der NDP-Jahreskahreskonferenz der Regierungspartei übertüncht werden sollte, war wohl ein weiterer Grund, wobei Salama erwartet, dass dieser ganze Vorstoß zu nicht mehr, als einigen Studien und klugen Reden führen wird.

Andere Beobachter vertraten die These, dass es wohl die Absicht der ägyptischen Staatspartei gewesen sei, der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, dass Ägypten eben nicht tatenlos zusehen werde, wenn sich der Iran durch sein ominöses eigenes Nuklearprogramm hegemoniale Optionen erschließt, ohne dass auch eine arabische Führungsmacht wie Ägypten eine solche eigene Nuklearkoption anstreben würde, um sie gegen eine mögliche iranische Bedrohung in die politische Waagschale im Nahen Osten werfen zu können.

Manche Kommentatoren stellten natürlich auch die Fähigkeit Ägyptens in Frage, mit einer solch gefährlichen Technologie umgehen zu können. Sie verwiesen zum Teil mit sarkastischem Unterton auf die Situation im Straßenverkehr und bezweifelten, dass ein Staat, der seinen Strassen- und Schienenverkehr nicht ohne regelmäßig wiederkehrende, katastrophale Unglücke betreiben kann, besser die Finger von einer solch gefährlichen Technologie lassen sollte, wo menschliches Versagen unübersehbare Folge für die gesamte Region haben kann.

Mit noch mehr Nachdruck kritisierten manche Beobachter auch die fehlende Berücksichtigung der Entsorgungs- bzw. Endlagerungsproblematik in den Kalkulationen des Elektrizitäts- bzw. Energieministers. Würden dies nämlich berücksichtigt, so würde aus dem angeblich billigen Atomstrom sehr schnell ein sehr teures Produkt, weshalb ja auch nicht wenige und dabei durchaus reiche Industrieländer einen (vorläufigen) Baustop für Atomkraftwerke verfügt hätten. Diese Beobachter verweisen auf Ägypten, als einem der besten Standorte für den Betrieb von Windkraft- und Solaranlagen, von denen man jedoch noch viel zu wenige betrieben sieht.

All diese Reaktionen zeigen, wie unvorbereitet nicht nur die ägyptische Presse sondern auch der politisch interessierte Intellektuelle in Ägypten mit diesem Thema konfrontiert wurde. Manches von dem, was nun unternommen wird, muss also noch abgewartet werden, bevor man beurteilen kann, wie ernst es der ägyptischen Regierung tatsächlich damit ist, diese neuerliche Nuklearoption zu verfolgen. Der Verweis auf die erforderliche ausländische finanzielle Unterstützung durch den ägyptischen Energieminister spricht in diesem Zusammenhang Bände.

Vieles spricht dafür, dass die politischen Rahmenbedingungen in der Region vor allem mit Blick auf den Iran die jetzige Initiative mit befördert haben mag. Den Vereinigten Staaten war sicherlich daran gelegen noch einmal zu unterstreichen, dass es ihr auch in Fall des Iran nicht um ein (unterstelltes) generelles Verbot der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch Staaten in der Region geht, sondern dass man sich gegen einer Weiterverbreitung von Atomwaffen wendet, weshalb man schließlich mehrmals auch schon an Israel den Wunsch herangetragen habe, wie andere Staaten in der Region dem NPT-Abkommen beizutreten. Das augenblickliche Verhalten des Iran in den Verhandlungen vor allem mit Europa lassen (noch) nicht erkennen, wie eine Lösung dieser Nuklearfrage erreicht werden kann. Es ist deshalb zu befürchten, dass der Region diese Frage sicherlich noch eine zeitlang erhalten bleiben wird.

Sicher erscheint, dass ein Ungleichgewicht in der Region, was die nuklearen Potentiale angeht, von keiner beteiligten Partei längerfristig hingenommen werden wird, sondern dass man bestrebt sein wird, Stabilität wenn nicht durch Unterbindung, dann eben durch die Herbeiführung eines gleichwertigen, gegenseitigen Bedrohungs- bzw. Vernichtungspotential zu erlangen bestrebt sein wird. Dieser Ansatz der gegenseitigen glaubhaften Abschreckung bzw. des Gleichgewichts des Schreckens hat im Kalten Krieg die Menschen vor allem in Europa vor einem Einsatz solcher Waffen bewahrt. Auf Dauer wird dies auch die beste Lösung in Regionen bleiben, in denen immer neue Staaten sich diese Atomwaffen erschließen. Ob dadurch die Verbreitung von Atomwaffen jedoch überhaupt auf Dauer noch verhindert werden kann, muss ernsthaft bezweifelt werden.